die Auswahlkriterien sehr weit gefasst sind und dadurch eine sehr große Zahl von Schreibenden zu Autoren werden.

Die Beiträge in den beiden Aufsatzbänden sind qualitativ und quantitativ sehr inhomogen. Insgesamt haben die Herausgeber eine abwechslungsreiche regionale Literaturgeschichte zusammengestellt, sind aber an einigen Stellen von der schieren Materialfülle und der Problematik, diese nachvollziehbar zu gliedern, ein wenig überrollt worden.

Svenja Hecklau

Alfred Lutz: Zwischen Beharrung und Aufbruch. Ravensburg 1810-1847. Münster: Aschendorff Verlag, 2005, 848 S. Geb. EURO 59,00.

Das Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft, städtischer Selbstverwaltung und staatlicher Aufsicht, monarchischer Treue und bürgerschaftlichem Eigensinn, kurz: der Wandel von der korporativen zur bürgerlichen Stadtgesellschaft ist das Thema dieser voluminösen Untersuchung. Tradition und Fortschritt am Beispiel der oberschwäbischen Stadt Ravensburg von 1810 bis 1847.

Wie in anderen Städten auch, brachte der Verlust der Reichsunmittelbarkeit einen erträglichen Bruch im bürgerschaftlichen Selbstverständnis, zumal manch alter Zopf abgeschnitten wurde und die seit 1810 durchgeführte administrative Neuordnung, vor allem mit den Organisationsedikten zur kommunalen Selbstverwaltung 1817/22, Bewegung in die städtische Gesellschaft brachte. Mit der Eingliederung oberschwäbischer Gebiete in das protestantische Königreich Württemberg wuchs der katholische Bevölkerungsteil kräftig an. Ravensburg konnte dabei geradezu als Musterbeispiel für das gute Zusammenleben zweier Konfessionen dienen, pflegte man dort doch, wie in Biberach, die Parität. Aus reichsstädtischer Zeit weitergeführt, war und blieb sie ein stabilisierendes Element des Gemeinwesens, das etwa in der paritätischen Besetzung der bürgerlichen Gremien seinen Ausdruck fand. Erst mit dem Erstarken der ultramontanen Bewegung ab 1840 war das konfessionelle Miteinander doch einigen Belastungen ausgesetzt.

Während sich der neu geschaffene Bürgerausschuss als bescheidenes Kontrollorgan des Gemeinderats zu etablieren suchte, brachte der personelle Wechsel zwischen den beiden Gremien wichtige Erfahrungen, die in der Auseinandersetzung mit den staatlichen Behörden auch freiere Gedanken förderten. Wie die städtische Selbstverwaltung und die Gewerbeordnung von 1828 der Entfaltung einer starken und dynamischen Persönlichkeit förderlich war, zeigt der Verfasser am Beispiel von Franz von Zwerger, der von 1820 bis 1856 als Stadtschultheiß amtierte. Damit nicht genug, war er zeitweilig ein einflussreicher Landtagsabgeordneter, gründete 1823 die erste Oberamtssparkasse im Königreich Württemberg, war erfolgreicher Unternehmer und förderte die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Als er dann auch noch Kommandant der Bürgerwehr werden wollte, stoppte das Oberamt die nun doch zuviel werdende Ämterhäufung. Der eloquente und liberal denkende Stadtschultheiß hatte aber auch Verständnis für die konservative Haltung der städtischen Handwerker und trat in ihrem Fall für eine behutsame Einführung größerer wirtschaftlicher Freiheiten ein. Im Spannungsfeld karitativer Denkweisen und staatlicher Maßnahmen stand auch das Fürsorgewesen, dessen Neuorientierung im Vormärz einsetzte.

Die Individualisierung und das allmähliche Verschwinden der korporativen Gesellschaftsstruktur führten zu neuen Organisationsformen wie Gesellschaften und Vereine. Der Verfasser stellt diese, auch in Ravensburg, folgenreiche Entwicklung an einer ganzen Reihe von Beispielen dar. Bemerkenswert dabei ist, dass das 1820 gegründete Museum, anders als die

beiden heute noch bestehenden Museumsgesellschaften in Tübingen und Ulm, nicht reüssieren konnte, da offenbar die Rekrutierungsbasis des wohlhabenden Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums zu schmal war. Großen Einfluss erlangten dagegen, neben anderen Vereinen, der Liederkranz und der Turnverein, die mit der Inszenierung von Festen und Versammlungen nicht nur die städtische Geselligkeitskultur bereicherten, sondern mit der Verbreitung von nationalem und liberalem Gedankengut auch die Politisierung der Öffentlichkeit vorantrieben.

Im wirtschaftlichen Bereich vollzog sich der Übergang von der Zunftverfassung zur freieren Gewerbeordnung besser und nachhaltiger als in vergleichbaren württembergischen Städten, während die im Klagen geübten Handeltreibenden wohl zu Recht auf die geographisch ungünstige Lage der Stadt und die durch Zollschranken abgeschnittenen Absatzgebiete hinwiesen. Hier brachte erst der Zollverein von 1834 eine spürbare Entlastung. Wie der literarisch begabte Wangener Landrat Münch einmal pointiert bemerkte, kam "Steinbeis nur bis Ravensburg". Aber dies, wie Lutz überzeugend darlegt, sehr erfolgreich. Zwar stellten die einst profitablen Ravensburger Papiermühlen zwischen 1850 und 1860 ihren Betrieb ein, aber das Leitprodukt " Textil" sorgte für einen neuen Aufschwung. Erinnert sei an die 1839 von der Schweiz ausgehende Gründung der Bleich- und Appreturanstalt in Weißenau, die 1889 von der Söflinger Firma Steiger und Deschler übernommen wurde. Die traditionell enge Bindung an die Schweiz wird auch durch die Gründung der Maschinenfabrik May und Escher, später Escher und Wyss, dokumentiert. Großen Einfluss erlangte die zugezogene Familie Spohn, die durch kaufmännisches Geschick und ebenso geschickte Heiraten vielfältige unternehmerische Aktivitäten entfaltete.

Mit dem Abbruch der alten Befestigung und dem Bau der Eisenbahn kamen Luft und Leben in die Stadt, die am Vorabend der Revolution von 1848 in vielen Bereichen, wie dem Torsperr- und Pflastergeld oder bei Maßen und Gewichten, zwar noch am Alten hing, aber in unumkehrbarer Weise auf dem Weg zur modernen Stadtgesellschaft Ravensburger Prägung war. Dies hat Alfred Lutz in seiner umfangreichen Untersuchung, auf reicher Quellen- und Literaturgrundlage, detailliert dargelegt. Das von ihm entworfene facettenreiche Bild ist eine Bereicherung der Stadt- und Regionalgeschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Wolf-Dieter Hepach

Gabriele Kersting: Steuerwiderstand und Steuerkultur. Der Kampf gegen das Umgeld im Königreich Württemberg (1819–1871). Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag, 2006, 229 S., EURO 22,00.

Das sogenannte "Umgeld" zählte im Königreich Württemberg zu den verhasstesten Steuern und rief immer wieder Widerstände bei den Steuerpflichtigen hervor. Als Konsumabgabe wurde das Umgeld auf alle Getränke erhoben, die in einer Wirtschaft verzehrt wurden. Es bestand außerdem zum geringeren Teil auch aus Lizenzgebühren für den Betrieb einer Wirtschaft oder Brauerei und schließlich aus Fabrikations- und Materialsteuern für die Herstellung von Bier oder Branntwein. Schon seit dem Mittelalter bekannt, wurde das Umgeld im frühen 19. Jahrhundert in Württemberg zu einer ständigen Steuer, da das neu geschaffene Königreich seinen Staatshaushalt sanieren musste und Wirtschaftsabgaben einen wesentlichen Teil der württembergischen Steuereinnahmen bildeten. Schon der Kurfürst und seit 1806 König Friedrich I. hatte daher die Erhebung angeordnet und eine Reform der Finanzverwaltung eingeleitet.

Das Umgeld griff in unmittelbarer Weise in das gesellige und öffentliche Leben der württembergischen Bevölkerung ein, traf sowohl Produzenten als auch Konsumenten und stieß daher auf erheblichen Widerstand. Die vorliegende Kölner Dissertation setzt sich zunächst